

AGF EuropaNews


Aktuelles zur Familienpolitik aus Europa – Juli 2017

Nachrichten aus den EU-Institutionen.....	1
Familienzusammenführung und legale Zuwanderung von Nicht-EU-Bürgern – Öffentliche Konsultation	1
Estnische Ratspräsidentschaft macht Säule sozialer Rechte zu Priorität	1
Gesundheitswesen und Pflege im digitalen Binnenmarkt – Öffentliche Konsultation	1
Urbane Agenda der EU – Feedback gefragt	1
Mehr Inklusion und Vielfalt – Kommission setzt sich interne Ziele	2
Zugang zu EU-Mitteln erleichtern: Experten schlagen vor, Regeln zu entrümpeln	2
Nachrichten aus den europäischen Staaten	2
Schweiz reformiert Adoptionsrecht	2
Rumänien diskutiert Deckelung des Erziehungsgeldes	3
Spanische Liberale wollen Leihmutterchaft legalisieren	3
Finnland diskutiert über kostenfreies Schulesen	3
Maltesisches Parlament beschließt Ehe für alle	3
Weitere Nachrichten	4
Eurochild veröffentlicht Positionspapier zur Säule sozialer Rechte	4
FRA: Kinder vor Menschenhandel schützen!	4
Berichte und Studien.....	4
OECD: Starting Strong V	4
FRA-Bericht zur Ingewahrsamnahme von geflüchteten Kindern	5
Familie und soziale Gerechtigkeit – neues Handbuch für NGOs und Engagierte	5
Wie werden pflegende Angehörige in Europa unterstützt? Ein Blick nach Deutschland, Österreich und Belgien	5
Beschäftigungs- und Sozialbericht 2017 der EU: Situation junger Menschen bleibt schwierig.....	5
Grundrechte aus Kinderperspektive – Ergebnisse der FRA-Konferenz	6
Eurofound-Studie zur Beschäftigungslücke in der EU	6
Bevorstehende Veranstaltungen.....	6

Nachrichten aus den EU-Institutionen

Familienzusammenführung und legale Zuwanderung von Nicht-EU-Bürgern – Öffentliche Konsultation

Die EU-Kommission hat eine öffentliche Konsultation zur rechtlichen Regelung der Zuwanderung in die EU eröffnet. Damit will sie Fakten, Erfahrungen, Daten und Stellungnahmen einholen, auf die sich ihre Bewertung des bestehenden EU-Rechtsrahmens für die legale Einreise und den rechtmäßigen Aufenthalt von Drittstaatsangehörigen in die bzw. in den Mitgliedstaaten der EU stützen kann. Teil dieses Rechtsrahmens ist die Richtlinie 2003/86/EG betreffend das Recht auf Familienzusammenführung. Die Teilnahme ist bis zum 18. September 2017 möglich.

- [Ausführliche Informationen zur Konsultation](#) 
- [Zum Onlineformular](#)

Estnische Ratspräsidentschaft macht Säule sozialer Rechte zu Priorität

Estland hat am 1. Juli 2017 die Ratspräsidentschaft in der EU übernommen. Unter dem Motto „Einigkeit durch Gleichgewicht“ wurden vier programmatische Schwerpunkte formuliert: 1) Eine offene und innovative europäische Wirtschaft, 2) ein sicheres und geschütztes Europa, 3) ein digitales Europa und Datenfreizügigkeit sowie 4) ein inklusives und nachhaltiges Europa. In Bezug auf letzteres wird die von der EU-Kommission vorgeschlagene Europäische Säule sozialer Rechte eine zentrale Rolle einnehmen. Sie soll im November bei einem Gipfeltreffen in Schweden durch eine gemeinsame Proklamation des Europäischen Parlaments, des Rats sowie der Kommission eingesetzt werden.

- [Zur Europäischen Säule sozialer Rechte](#)

Gesundheitswesen und Pflege im digitalen Binnenmarkt – Öffentliche Konsultation

Mit einer öffentlichen Konsultation will die EU-Kommission ermitteln, ob und welche Maßnahmen zur Förderung digitaler Innovationen erforderlich sind, um die Gesundheit der Menschen zu verbessern und Herausforderungen für die Gesundheitssysteme anzugehen. Die zu diskutierenden Fragen beziehen sich beispielsweise auf den grenzüberschreitenden Zugang zu personenbezogenen Gesundheitsdaten, die gemeinsame Nutzung von Wissensressourcen zur Förderung von Forschung und Prävention sowie weitere Maßnahmen zur Gewährleistung einer umfassenden Einführung digitaler Innovationen im Hinblick auf eine stärker patientenorientierte und integrierte Gesundheitsversorgung, die Feedback und Interaktionen zwischen Patienten und Gesundheitsdienstleistern ermöglichen. Beiträge können bis zum 12. Oktober eingereicht werden.

- [Zur Konsultation](#)

Urbane Agenda der EU – Feedback gefragt

Städtische Armut, Wohnen und die Integration von Geflüchteten gehören unter anderen zu den Themenfeldern der Urbanen Agenda der EU, die 2016 unter der niederländischen Ratspräsidentschaft ins Leben gerufen wurde. Bis zum 25. August können interessierte Stakeholder ihr Feedback zu den bisher erarbeiteten Papieren abgeben. Die Urbane Agenda soll der wachsenden Rolle von Städten und Kommunen in der europäischen Politik Rechnung tragen und befördern, dass die Akteure auf den verschiedenen

staatlichen Ebenen ihre Zusammenarbeit strukturieren. Kernstück ist die Etablierung strategischer Partnerschaften, in denen sowohl horizontal (über verschiedene Politikbereiche hinweg) als auch vertikal (über verschiedene Zuständigkeitsebenen hinweg) kooperiert wird.

- [Zur Internetpräsenz der Urbanen Agenda mit Links zu den Konsultationen](#) 

Mehr Inklusion und Vielfalt – Kommission setzt sich interne Ziele

Die Kommission möchte für ihre Mitarbeiter/innen ein besseres Arbeitsumfeld schaffen. Neben einer Strategie für Vielfalt und Inklusion hat die Kommission am 19. Juli eine Reihe konkreter Maßnahmen ergriffen, um den Frauenanteil in den eigenen Führungsetagen bis zum 1. November 2019 auf 40 Prozent anzuheben. Bei der Strategie für Vielfalt und Inklusion stehen vier Zielgruppen im Vordergrund: Frauen, Bedienstete mit Behinderungen, LGBTI-Bedienstete und ältere Bedienstete. Sie beinhaltet beispielsweise gezielte Management-Programme und die Förderung bestehender und neuer Netzwerke für Frauen, die Einbindung von Bediensteten mit Behinderungen in die Planung von Zugangs- und Mobilitätsvorrichtungen in den Kommissionsgebäuden, LGBTI-Sensibilisierungskampagnen und auf diese Zielgruppe ausgerichtete Fortbildungen für Führungskräfte und Mitarbeiter, um insbesondere einer etwaigen unbewussten Voreingenommenheit entgegenzuwirken sowie Verfahren zur Beobachtung, ob ältere Bedienstete bei der Bewerbung um eine neue Stelle benachteiligt werden. Im Rahmen der Strategie werden die vorgeschlagenen Maßnahmen dokumentiert, überwacht und nachjustiert. Ein erster Bericht soll im Frühjahr 2018 erscheinen.

Zugang zu EU-Mitteln erleichtern: Experten schlagen vor, Regeln zu entrümpeln

Es ist nicht immer leicht, sich im Dickicht der Rechtsvorschriften von EU-Fonds zurechtzufinden. Die Gewährung von EU-Mitteln sollte deswegen ab 2020 weiter vereinfacht werden. Zu diesem Schluss kommt eine von der EU-Kommission beauftragte Expertengruppe, die ihren Bericht am 11. Juli vorgelegt hat. Nach deren Auffassung ist der derzeitige Rechtsrahmen zwar gut strukturiert, muss aber entrümpelt werden. Die geteilte Mittelverwaltung zwischen EU-Kommission und Mitgliedstaaten solle beibehalten werden, da sie gegenseitiges Vertrauen schaffe und dafür Sorge, dass alle Beteiligten die verfolgten Ziele mittragen. Am einfachsten seien Rechtsvorschriften aber dann, wenn es wenige davon gebe. Deshalb macht der Bericht Vorschläge dazu, welche Regelungen ganz abgeschafft oder radikal vereinfacht werden können.

- [Ausführliche Pressemitteilung mit Links zum Bericht und weiteren Informationen](#)

Nachrichten aus den europäischen Staaten

Schweiz reformiert Adoptionsrecht

Ab dem 1. Januar 2018 wird die Stiefkindadoption in der Schweiz nicht mehr nur Ehepaaren, sondern auch Paaren in einer eingetragenen Partnerschaft oder in einer faktischen Lebensgemeinschaft offenstehen. Das hat der schweizerische Bundesrat am 5. Juli beschlossen. Auf diese Weise würden Ungleichbehandlungen beseitigt und die Beziehung zwischen dem Kind und dem Stiefelternteil rechtlich abgesichert. Die gemeinschaftliche Adoption bleibt gleichgeschlechtlichen Paaren und Paaren in einer faktischen Lebensgemeinschaft dagegen weiterhin nicht erlaubt. Mit dem Inkrafttreten der revidierten Bestimmungen werden auch die allgemeinen Adoptionsvoraussetzungen flexibilisiert. Künftig kann von diesen abgewichen werden, wenn dies im Interesse des Kindes ist. Das Mindestalter adoptionswilliger Personen wird von 35 auf

28 Jahre und die Mindestdauer der Partnerschaft von fünf auf drei Jahre gesenkt. Ausschlaggebend ist dabei nicht mehr die Dauer der Ehe, sondern die Dauer des gemeinsamen Haushalts.

Rumänien diskutiert Deckelung des Erziehungsgeldes

Rumänien hatte 2016 eine neue Elterngeldregelung eingeführt, nach der sich die staatliche Lohnersatzleistung für ein Elternteil in den ersten zwei Lebensjahren seines Kindes ausschließlich in Relation zum vor der Geburt erzielten Einkommen berechnet. Diese Regelung ist nun hinsichtlich ihrer Folgen in Hinblick auf die soziale Gerechtigkeit in der Diskussion: Da die Höhe der Leistung nach oben grundsätzlich offen ist, hatte es sich ergeben, dass ein Drittel des gesamten Budgets an lediglich 0,17 Prozent der Bezieher/innen gezahlt wurde. Dabei bezogen die Top Ten-Empfänger/innen Summen von 10.000 bis 35.000 Euro monatlich. Obwohl das Arbeits- und Sozialministerium im Mai angekündigt hatte, die Höhe der Transfers begrenzen zu wollen, konnte innerhalb der Regierung bisher kein Konsens darüber hergestellt werden.

- [Flash Report des Europäischen Netzwerks für Sozialpolitik \(ESPN\)](#)  

Spanische Liberale wollen Leihmutterschaft legalisieren

Wenn spanische Paare sich mit ihrem Kinderwunsch ins Ausland begeben, suchen sie dort inzwischen eher nach einer Leihmutter als nach einem Adoptivkind. Vor diesem Hintergrund will die liberale Ciudadanos-Partei Leihmutterschaft auch in Spanien legalisieren und hat einen entsprechenden Gesetzentwurf ins spanische Parlament eingebracht. Dieser hat geringe Chancen, jedoch setzte er eine öffentliche Debatte über das Für und Wider in Gang. Dieser setzt sich für eine streng regulierte Leihmutterschaft ein. Die Verbindung zu den Eltern soll allein auf Solidarität beruhen, ein wirtschaftlicher Anreiz soll vermieden werden. Auch soll die Leihmutterschaft nur für spanische oder in Spanien wohnhafte Personen möglich sein, um einen „reproduktiven Tourismus“ zu vermeiden. In den großen spanischen Parteien ist der Vorschlag auf Kritik gestoßen. Insgesamt hat der Gesetzentwurf nur geringe Chancen, jedoch setzte er eine öffentliche Debatte über das Für und Wider in Gang.

Finnland diskutiert über kostenfreies Schulessen

Nachdem ein von der finnischen Regierung in Auftrag gegebener Bericht erklärte, dass das kostenlose Schulessen bei Schüler/innen die Geringschätzung von Nahrungsmitteln verstärken könne, wird in Finnland über die Bedeutung dieser sozialpolitischen Errungenschaft diskutiert. Finnland war 1948 das erste Land in der Welt, in dem ein Gesetz über die kostenlose Schulspeisung erlassen wurde. Seitdem ist die Schulspeisung Bestandteil des Lehrplans. Eine Wiedereinführung der Kostenpflicht gefährde die Chancengleichheit im Bildungsbereich, warnen die Befürworter der Kostenfreiheit.

Maltesisches Parlament beschließt Ehe für alle

Am 12. Juli hat das maltesische Parlament eine Gesetzesänderung beschlossen, nach der die Ehe künftig auch zwischen zwei Personen gleichen Geschlechts geschlossen werden kann. Malta ist damit das 15. EU-Mitglied, das die sogenannte Ehe für alle einführt. Das neue Gesetz sieht auch vor, dass homosexuelle Paare über das gleiche Adoptionsrecht wie heterosexuelle Paare verfügen. Bezeichnungen wie „Ehemann“, „Ehefrau“, „Mutter“ und „Vater“ wurden im Gesetzestext durch geschlechtsneutrale Begriffe ersetzt. Malta hatte erst 2011 ein Scheidungsgesetz und 2014 eingetragene Lebenspartnerschaften für gleichgeschlechtliche sowie verschiedengeschlechtliche Paare eingeführt.

Weitere Nachrichten

Eurochild veröffentlicht Positionspapier zur Säule sozialer Rechte

Die europäische Kinderrechtsorganisation Eurochild hat ein Positionspapier zur Europäischen Säule sozialer Rechte (ESSR) vorgelegt. Mit der der ESSR will die EU-Kommission umfassende Reformen der europäischen Arbeitsmärkte und Sozialsysteme anstoßen. Eurochild bezieht sich in der Stellungnahme in erster Linie darauf, inwiefern Kinder und Jugendliche von dem Kommissionsvorschlag betroffen sind. Darin wird unter anderem begrüßt, dass die Bekämpfung von Kinderarmut als eines der 20 Zielsetzungen der europäischen Säule anerkannt wird und ausdrücklich auf die Qualität der Gesundheitsversorgung und die Bedeutung von Prävention Bezug genommen wird. Insgesamt betone die ESSR, dass Kinder ein Recht auf erschwingliche und hochwertige Angebote früher Bildung und Betreuung haben. Die ESSR spreche auch das Thema Jugendarbeitslosigkeit an sowie das Recht von Jugendlichen auf Unterstützung bei der Arbeits- und Ausbildungsplatzsuche. Eurochild begrüßt insbesondere die Empfehlung, dass die EU-Mitgliedstaaten nationale Strategien zur Beteiligung von Kindern entwickeln sollten, um Kinder in alle Entscheidungen einzubeziehen, von denen sie betroffen sind.

➤ [Zum Positionspapier](#) 

FRA: Kinder vor Menschenhandel schützen!

Anlässlich des Welttags der Vereinten Nationen gegen Menschenhandel am 30. Juli hat die Agentur der Europäischen Union für Grundrechte (FRA) dazu aufgerufen, entsprechende Schutzmaßnahmen zu verstärken, um die Ausbeutung von Kindern zu beenden. Im Jahr 2016 sei etwa einer von drei Asylbewerber/innen in der EU ein Kind gewesen. Viele Migrantenkinder verschwänden oder liefen Gefahr, Menschenhändler/innen in die Hände zu fallen. Es sei notwendig, Identifizierungs- und Registrierungsverfahren zu verbessern sowie spezielle Schutzmaßnahmen für unbegleitete Kinder zu ergreifen, etwa spezialisierte Einrichtungen, angemessene Erstaufnahme- und Transiteinrichtungen, Alternativen für die Ingewahrsamnahme sowie Unterbringung von unbegleiteten Kindern in Pflegefamilien. Darüber hinaus gelte es ein kohärentes Vormundschaftssystem einzuführen, bei dem das Wohl unbegleiteter Kinder in allen Aspekten ihres Lebens im Vordergrund stehe. Um dies zu gewährleisten müssten die Mitarbeiter/innen vor Ort, einschließlich Polizei- und Grenzschutzbeamte beraten und geschult werden. Es müssten aber auch kindgerechte Informationen zur Verfügung gestellt werden, um Kinder besser über die Risiken von Menschenhandel aufzuklären sowie darüber, wie sie sich selbst schützen können. Ende Juni hatte die FRA bereits einen Bericht zur Ingewahrsamnahme von geflüchteten Kindern und Jugendlichen veröffentlicht (s.u.),

Berichte und Studien

OECD: Starting Strong V

Die OECD hat in der Reihe „Starting Strong“ seit 2001 verschiedene Berichte zur frühkindlichen Bildung und Betreuung vorgelegt. Die neueste Ausgabe beschäftigt sich schwerpunktmäßig mit dem Übergang von der frühkindlichen Betreuung in die Schule. Neben dem aktuellen Forschungsstand wird dargestellt, wie dieser Übergang in den Ländern der OECD gestaltet wird. Ein abschließendes Kapitel fasst die Erkenntnisse in sogenannten *Policy Pointers* zusammen. Für Österreich, Dänemark, Finnland, Kasachstan, Norwegen und

Schweden liegen darüber hinaus vertiefte Einzelberichte vor. Eine weitere Publikation diskutiert ausführlich die verwendeten Indikatoren und die jeweiligen Datengrundlagen, auf denen die „Starting Strong“-Berichte aufbauen.

- [Zur Veröffentlichung bei der OECD mit Links zu den Einzelberichten](#) 

FRA-Bericht zur Ingewahrsamnahme von geflüchteten Kindern

Die EU-Grundrechteagentur (FRA) hat Ende Juni einen Bericht zum europäischen rechtlichen und politischen Rahmen für die Ingewahrsamnahme von Kindern bei der Einwanderung in die EU veröffentlicht. Die FRA stellt darin fest, ein Drittel der Migranten, die in die EU kommen, seien Kinder. Sie würden teilweise unter gefängnisähnlichen Bedingungen untergebracht, was ihre psychische Gesundheit gefährde. Dies könne gegen Menschenrechte verstoßen. Der Bericht untersucht bestehende Praktiken und zeigt auf, durch welche Maßnahmen Ingewahrsamnahmen vermieden werden können – etwa durch alternative Unterbringungsmöglichkeiten, Einschränkungen der Bewegungsfreiheit, solidere Vormundschaftssysteme, psychologische Beratung und die bessere Bearbeitung von Fällen, an denen Kinder beteiligt sind.

- [Zum Bericht](#)

Familie und soziale Gerechtigkeit – neues Handbuch für NGOs und Engagierte

Familiengerechtigkeit ins Zentrum progressiver Strategien, Diskurse und Aktionen zu stellen, lautet die Zielsetzung eines neuen Handbuchs, das eine Gruppe von Autor/innen aus verschiedenen europäischen NGOs zusammengestellt hat. Zielgruppe sind zivilgesellschaftliche Akteure aus den Bereichen Grundrechte, Gleichstellung und Rechtsstaatlichkeit. Diese finden im Handbuch 10 Strategien, wie sie „Familie“ konzeptionell in ihre Arbeit integrieren können.

- [Zum Handbuch](#) 

Wie werden pflegende Angehörige in Europa unterstützt? Ein Blick nach Deutschland, Österreich und Belgien

Der aktuelle Newsletter der Beobachtungsstelle für gesellschaftspolitische Entwicklungen in Europa beschäftigt sich damit, welche politischen Maßnahmen zur Unterstützung pflegender Angehöriger es in verschiedenen europäischen Ländern gibt und wie diese miteinander kombiniert werden. Im Zentrum stehen Länderbeispiele aus Deutschland, Österreich und Belgien. Bereits im vergangenen Jahr hatte die Beobachtungsstelle eine Übersicht zu Unterstützungsangeboten für pflegende Angehörige in 14 europäischen Staaten veröffentlicht.

- [Zum Newsletter](#) 
- [Zur Übersicht der Unterstützungsleistungen in Europa](#) 

Beschäftigungs- und Sozialbericht 2017 der EU: Situation junger Menschen bleibt schwierig

Die Europäische Kommission hat am 17. Juli den jährlich erscheinenden Europäischen Beschäftigungs- und Sozialbericht veröffentlicht. Darin werden positive arbeitsmarkt- und sozialpolitische Trends sowie ein anhaltendes Wirtschaftswachstum nachgezeichnet. Mit über 234 Mio. Menschen in einem Beschäftigungsverhältnis sei die Beschäftigungsquote in der EU noch nie zuvor so hoch gewesen. Es werde jedoch auch deutlich, dass die jüngeren Generationen es weiterhin schwer haben: Sie finden nur mit Mühe

einen Arbeitsplatz und arbeiten häufiger als andere Altersgruppen in atypischen und prekären Beschäftigungsformen, etwa in befristeten Arbeitsverhältnissen, was zu einer geringeren sozialen Sicherung führen kann. Insgesamt profitierten junge Menschen im Vergleich zu den älteren Generationen nicht im gleichen Ausmaß von der stetigen Verbesserung des Lebensstandards. Dies wirke sich auch auf die privaten Entscheidungen junger Menschen aus, wenn es etwa darum gehe, Kinder zu bekommen oder ein Haus zu kaufen.

➤ [Zum Bericht](#)  

Grundrechte aus Kinderperspektive – Ergebnisse der FRA-Konferenz

Ende Juni hatte die Europäische Agentur für Grundrechte (FRA) zu einer Konferenz eingeladen, auf der sie ihren Jahresbericht vorstellte. Besondere Aufmerksamkeit wurde dabei der Perspektive von Kindern geschenkt. Auf der Internetpräsenz der FRA sind nun die Vorträge der Veranstaltung dokumentiert. Die Tagungsergebnisse sind in einem übersichtlichen pdf-Dokument zusammengefasst.

➤ [Zu den Tagungsdokumenten](#) 

Eurofound-Studie zur Beschäftigungslücke in der EU

Welches Arbeitsvolumen wünschen sich die Europäer und Europäerinnen und wie viel arbeiten sie tatsächlich? Die Europäische Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen (Eurofound) hat sich mit dieser Frage auseinandergesetzt und diskutiert in einer neuen Studie wie sich diese Beschäftigungslücke messen lässt. Dabei wird erörtert, aus welchen Gründen Menschen nicht oder nicht in Vollzeit am Arbeitsmarkt teilnehmen und wie sich die Situation für bestimmte Beschäftigtengruppen nach den Merkmalen Alter, Geschlecht, Familienstatus etc. unterschiedlich darstellt. Die Studie kommt zu dem Schluss, dass die Lücke zwischen gewünschtem und tatsächlichem Arbeitsvolumen zwischen 2008 stärker gewachsen ist, als die offizielle Arbeitslosigkeit. Den größten Anteil mache dabei die unfreiwillige Teilzeiterwerbstätigkeit aus. Etwa jede vierte Teilzeitarbeitskraft würde gerne mehr arbeiten. Dies betreffe insgesamt mehr Frauen als Männer. Berücksichtige man jedoch die Geschlechtsverteilung innerhalb der Gruppe der Teilzeiterwerbstätigen, seien es relativ mehr Männer, die unfreiwillig in Teilzeit arbeiteten.

➤ [Zur Studie](#) 

Bevorstehende Veranstaltungen

Datum/ Ort	Titel der Veranstaltung	Veranstalter
11. Sep. 2017 Brüssel, Belgien	European Pillar of Social Rights – Public Hearing	EWSA
21.-22. Sep. 2017 Mailand, Italien	The Family Impact Lens: A family-focused approach for policies and practices	International Center for Family Studies, Milan
1.-4. Okt. 2017 Den Haag, Niederlande	15th International Society for the Prevention of Child Abuse and Neglect (ISPCAN) European Regional Conference	ISPCAN Europe
5.-7. Okt. 2017 Antwerpen, Belgien	15th Meeting of the European Network for the Sociological and Demographic Study of Divorce	Research Centre for Longitudinal and Life Course Studies

10.Okt. 2017 Brüssel, Belgien	Conference: Together for an Equal Europe – Celebrating Equinet's 10th Anniversary	Equinet
12. Okt. 2017 Brüssel, Belgien	Tackling Childhood Obesity in Europe through Awareness and Prevention	Public Policy Exchange
13. Okt. 2017 Riga, Lettland	Coordination of family benefits, unemployment benefits and the application of coordination rules in case of posted workers	FreSsco Network
20.-21. Okt. 2017 Lodz, Polen	Social Innovations For Children And Youth: Research And Practice	Universität Lodz
25.-26. Okt. 2017 Göteborg, Schweden	EUROCITIES Social Affairs Forum	EUROCITIES
27. Okt. 2017 Zagreb, Kroatien	Recent developments and proposed changes in the area of posting and family benefits' coordination	FreSsco Network
1.-4. Nov. 2017 Valetta, Malta	International Foster Care Organisation (IFCO) World Conference	IFCO
4. Nov. 2017 Luxemburg, Luxemburg	Common social values and principles & social governance	EWSA
9.-11. November Wien, Österreich	5. Europäischer Fachkongress für Familienforschung: Familie - Bildung - Migration	BiB, ifb, ÖIF
23.-24. Nov. 2017 Pamplona, Spanien	Towards an effective implementation of community based services in child care	FICE Spain
7.-9. Feb. 2018 Valletta, Malta	Couple Relationships n the 21st Century: Evolving Contexts and Emergent Meanings	ICCFR

Die **Arbeitsgemeinschaft der deutschen Familienorganisationen (AGF) e.V.** ist der Zusammenschluss von: Deutscher Familienverband (DFV), evangelische arbeitsgemeinschaft familie (eaf), Familienbund der Katholiken (FDK), Verband alleinerziehender Mütter und Väter (VAMV), Verband binationaler Familien und Partnerschaften (iaf).

Die Familienverbände setzen sich mit ihren jeweiligen Schwerpunkten für die Interessen und Rechte von Familien ein. Die AGF formuliert die gemeinsamen Anliegen ihrer Mitgliedsverbände und ist mit ihren Tätigkeiten eine aktive Partnerin in Politik und Gesellschaft. Sie leistet politische Lobbyarbeit für die Belange der Familien und fördert auf nationaler und internationaler Ebene den Dialog und die Kooperation zwischen den familienpolitischen Organisationen und den Verantwortlichen für Familienpolitik. Ihr Ziel ist die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Familien in Deutschland und Europa. Die AGF ist Mitglied der COFACE (Confederation of Family Organisations in the European Union).



AGF e.V. · Karl-Heinrich-Ulrichs-Str. 14, 10785 Berlin · Tel.: + 49 (0) 30 2902825-78
E-Mail: europa@ag-familie.de · Web: <http://ag-familie.de>
Redaktion: Christine Ludwig, Sven Iversen (v.i.S.d.P.)

Die AGF wird gefördert vom

